IMT Nuremberg Archives

H – 2096

International Court of Justice

H2096 – 0001

"Exhibit Ri. Nr. ...." 154

Abschrift

aus dem Weissbuch des Auswaertigen Amts 1939 Nr.2

Dokumente zur Vorgeschichte des Krieges.

Nr. 203.

Unterredung des Reichsministers des Auswaertigen mit dem Polnischen Botschafter, 21. Maerz 1939.

Aufzeichnung.

Ich bat heute auf 12 Uhr den Polnischen Botschafter Lipski zu mir. Ich schilderte Herrn Lipski zunaechst die Entwicklung der tschecho-slowakischen Frage und erklaerte ihm, dass es mir angesichts der sich ueberstuerzenden Ereignisse nicht moeglich gewesen sei, die fremden Vertreter hier so zu unterrichten, wie ich es gewuenscht haette. Ich habe aber Botschafter von Moltke, der sich gerade in Berlin aufhielt, eingehend informiert und ihn beauftragt, seinerseits Aussenminister Beck ins Bild zu setzen. Ich schilderte sodann die Vorgaenge im einzelnen, die den Fuehrer zu seinem Eingreifen veranlasst haetten.

Es sei uns aufgefallen, dass sich in der Rest-Tschechoslowakei der Benesch-Geist wieder gezeigt habe. Alle Warnungen des Fuehrers an Herrn Chvalkovsky seien ungehoert verhallt. In der letzten Zeit habe die Prager Regierung versucht, diktatorisch in der Karpatho-Ukraine und in der Slowakei vorzugehen. Auch die Drangsalierung der Deutschen in den Sprachinseln habe wieder begonnen.

Ich nehme an, dass die Regelung, die die karpatho-ukrainische Frage inzwischen gefunden habe, groesste Zufriedenheit in Polen ausgeloest habe. Die Errichtung des Protektorats Boehmen und Maehren bedeute eine endgueltige Befriedigung dieses Raumes, die historischen Grundsaetzen entspraeche und schliesslich allen zugute komme.

Botschafter Lipski aeusserte sich alsdann besorgt wegen der Uebernahme des Schutzes der Slowakei durch Deutschland. Diese Mitteilung habe in Polen stark eingeschlagen, denn der Mann auf der Strasse koenne einen solchen Schritt nur als in erster Linie gegen Polen gerichtet betrachten. Die Slowaken seien ein sprachverwandtes Volk. Die polnischen Interessen in diesem Gebiet seien auch historisch bedingt und rein realpolitisch muesse man zugeben, dass die Erklaerung des Schutzverhaeltnisses nur als Schlag gegen Polen empfunden werden koenne.

Ich wies Botschafter Lipski auf die Tatsache hin, dass die unabhaengige Slowakische Regierung Deutschland um seinen Schutz angerufen habe. Sicherlich sei die Erklaerung des Schutzverhaeltnisses nicht gegen Polen gerichtet. Hierbei gab ich deutlich zu verstehe , dass man die Frage gemeinsam einmal beraten koenne, falls das allgemeine deutsch-polnische Verhaeltnis eine befriedigende Entwicklung nehme; man koenne hierbei an eine Teilnahme Polens an der Garantierung des slowakischen Staates denken. Leider habe ich jedoch feststellen muessen, dass sich in dem deutsch-polnischen Verhaeltnis eine allmaehliche Versteifung bemerkbar mache. Diese Entwicklung habe bereits seit einigen Monaten begonnen. Es sei hier aufgefallen, welche merkwuerdige Haltung Polen in der Minoritaetenkommission eingenommen habe. Die durch polnische Studenten provozierten Danziger Zwischenfaelle haetten ebenfalls zu denken gegeben. Botschafter Lipski bestritt auf das energischste, dass derartige Zwischenfaelle durch polnische Studenten hervorgerufen worden seien. Auch meine Bemerkung,

INTERNATIONAL MILITARY TRIBUNAL
NURNBERG, GERMANY
Ri Exhibit 154
April 10 Filed 1946
H2096 - 0002

H2096 – 0003

dass nach Auffassung des Fuehrers die Schilder, die zu den Zwischenfaellen gefuehrt hatten, von polnischen Studenten angebracht worden seien, bestritt Herr Lipski auf das lebhafteste und behauptete, dass hieran polnische Studenten in keiner Weise beteiligt gewesen seien.

Weiterhin machte ich den Polnischen Botschafter auf die dauernden Presseangriffe aufmerksam, auf die deutschfeindlichen Demonstrationen anlaesslich des Ciano-Besuches und auf die heute bestehende offene Pressefehde. Diese Pressefehde scheine mir in jeder Richtung unberechtigt zu sein. Der Fuehrer habe immer auf einen Ausgleich und auf eine Befriedung mit Polen hingearbeitet. Auch jetzt verfolge der Fuehrer noch dieses Ziel. In zunehmendem Masse sei aber der Fuehrer ueber die polnische Haltung verwundert. Bisher habe ich die deutsche Presse gegenueber Polen zurueckgehalten, wie der Polnische Botschafter sich selber durch einen Blick in die deutsche Presse vergewissern koenne. Es wuerde mir aber nicht moeglich sein, auf die Dauer derartige Angriffe unbeantwortet zu lassen. Aus einer derartigen beiderseitigen Pressefehde koenne dann bald ein Zustand entstehen, bei dem unsere Beziehungen auf den Nullpunkt absinnen. Es erschiene mir erforderlich, dass man einen neuen Versuch unternehme, die deutsch-polnische Politik in das richtige Geleise zu bringen, und es erschiene mir richtig und zweckmaessig, wenn bald einmal eine persoenliche Aussprache zwischen deutschen und polnischen Staatsmaennern stattfaende.

Ich wuerde mich freuen, wenn Aussenminister Beck demnaechst einen Besuch in Berlin abstatten wuerde. Wie mir der Fuehrer gesagt habe, wuerde auch er eine solche Aussprache warm begruessen. Auf den moeglichen Inhalt einer solchen Aussprache eingehend, erklaerte ich Herrn Lipski zunaechst, er muesse zugeben, dass Deutschland an der Schaffung und der heutigen Existenz Polens nicht unbeteiligt sei und dass Polen seine heutige territoriale Ausdehnung den schwersten Ungluueck Deutschlands verdanke, naemlich der Tatsache, dass Deutschland den Weltkrieg verloren habe.

Allgemein werde die Korridor-Regelung als die schwerste Belastung des Versailler Vertrags fuer Deutschland empfunden. Keine fruehere Regierung sei in der Lage gewesen, auf die deutschen Revisionsansprueche zu verzichten, ohne dass sie nicht innerhalb von 48 Stunden vom Reichstag fortgefegt waere. Der Fuehrer denke anders ueber das Korridor-Problem. Er erkenne die Berechtigung des polnischen Anspruchs auf einen freien Zugang zum Meer an. Er sei der einzige deutsche Staatsmann, der einen endgueltigen Verzicht auf den Korridor aussprechen koenne. Voraussetzung hierfuer sei aber die Rueckkehr des rein deutschen Danzig zum Reich sowie die Schaffung einer exterritorialen Bahn- und Autoverbindung zwischen dem Reich und Ostpreussen. Nur hierdurch werde fuer das deutsche Volk der Stachel beseitigt, der in der Existenz des Korridors liege. Wenn die polnischen Staatsmaenner in Ruhe den realen Tatsachen Rechnung truegen, dann koenne man auf folgender Basis eine Loesung finden: Rueckkehr Danzigs zum Reich, exterritoriale Eisenbahn- und Autobahnverbindung zwischen Ostpreussen und dem Reich und hier fuer Garantie des Korridors. Ich koennte mir vorstellen, dass man in einem solchen Falle die slowakische Frage in erwaehntem Sinne zu behandeln in der Lage waere.

Botschafter Lipski versprach, Aussenminister Beck zu informieren und alsdann Nachricht zu geben.

Ich schlug vor, dass Botschafter Lipski zur muendlichen Berichterstattung nach Warschau fuehre. Ich wiederholte noch einmal, wie muetzlich mir ein endgueltiger Ausgleich zwischen Deutschland und Polen gerade im jetzigen Stadium erschiene. Dies sei

H2096 – 0004

auch wichtig, weil der Fuehrer bisher ueber die merkwuerdige Haltung Polens in einer Reihe von Fragen nur verwundert sei; es kaeme darauf an, dass er nicht den Eindruck erhalte, dass Polen einfach nicht wolle.

von Ribbentrop

Die wortgetreue Abschrift der Zitate aus den aufgeführten Schriften, die mir im Original vorlagen, wird bestätigt.

Nürnberg, ... März 1945

M. Steinberg

Filed
10 April 1946
[illegible] Mann

H-2096

Ri=Exhibit Nr. 154

Dokumentenbuch Seite

Dokumente Joachim von R i b b e n t r o p

154

H2096 - 0005